

Offene Krise beim Europäischen Patentamt

LE MONDE | 11.10.2016, 11.17 Uhr • Aktualisiert am 11.10.2016, 11.24 Uhr | Von Emeline Cazi ([/journaliste/emeline-cazi/](#))

In der diskreten und zivilisierten **Welt** der internationalen Organisationen ist die Demonstration eine äußerst seltene Praxis. Die Demonstrationen, die am Dienstag, den 11. Oktober, in München und am Donnerstag, den 13. Oktober, in Den Haag von den Patentprüfern des Europäischen Patentamts (EPA) geplant wurden, sind dennoch zum x-ten Mal Teil einer Serie, die 2013 begann. Die Beschäftigten sahen kein anderes Mittel, um die im Verwaltungsrat am 12. und 13. Oktober zusammengekommenen 38 Staaten vor einer sozialen Situation zu **warnen**, die sich seit mehr als drei Jahren immer weiter verschlimmert.

Niemand redet dabei von Geld. Im "**Amt**" spricht man nicht über die Bezahlung. Mit mehr als 5.000 Euro Einstellungsgehalt, zu dem noch die Ausbürgerungsprämie, die bezahlten Schulen für die Kinder und einige weitere Vergünstigungen kommen, haben es die Beschäftigten gut getroffen. Um Wissenschaftler aus allen Ländern **anzuziehen**, musste sich das Amt an die Situation der bestbezahlten Funktionäre in **Europa** anpassen. Nur dass Geld nicht alles ist.

Das EPA ist eine dieser internationalen Organisationen, von denen es in der **Welt** nur eine Handvoll gibt, abgesehen vom rechtlichen Status. Diese Organisation, die ihren Sitz in München hat und über Außenstellen in Berlin, Den Haag und Wien verfügt, beschäftigt 7.000 Personen für die **Prüfung** der Patentanmeldungen und die **Erteilung** der wertvollen Patente in drei Sprachen, auf die sie seit vierzig Jahren das Monopol hat.

Im Juli 2010 übernahm der Franzose Benoît Battistelli die Leitung. Kurz nach Eintreffen dieses früheren Generaldirektors des Institut national de la propriété industrielle (Nationales Institut für Gewerbliches Eigentum - INPI)

haben sich die **Arbeitsbedingungen** verschlechtert, bekräftigt die IGEPa, die hauseigene Gewerkschaft. Der Mann, der eine ganz spezielle Vorstellung vom Streikrecht hat, der Produktivitätskriterien festgelegt und eine "Ermittlungseinheit" geschaffen hat, um **Nachforschungen** über die Beschäftigten anzustellen, ist zu ihrem Angstgegner geworden. Dies beruht offenbar auf Gegenseitigkeit.

Das Amt genießt eine Form von juristischer Immunität

Es musste viel geschehen, damit diese Gemeinschaft von Ingenieuren – frühere Klassenbeste, die sich beim EPA **bewarben**, nicht um **Karriere zu machen**, sondern weil sie die Gesellschaft von zehn Nationalitäten und die Geruhsamkeit des Jobs schätzten – die Hölle ihres goldenen Käfigs anprangerte.

In den vergangenen fünf Jahren haben sich vier von ihnen das Leben genommen. Ein Belgier, **Familienvater**, sprang aus dem Fenster seines Büros in Den Haag. Ein anderer brachte sich am letzten Tag seines Urlaubs um. Nach jedem einzelnen dieser Dramen hat die Gewerkschaft eine unabhängige **Untersuchung** gefordert. Die Amtsleitung wollte davon nichts **wissen** und behauptete, diese Handlungen hätten nichts mit der **Arbeit zu tun**. Für die Gewerkschaften war dies der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Das Problem ist, dass das EPA, wie jede internationale Organisation (die OECD, die Europäische Raumfahrtbehörde...), eine Form von juristischer Immunität genießt: es **unterliegt** keinem nationalen Gesetz. Nur die interne Geschäftsordnung hat Gültigkeit.

"Dieses Problem haben alle diese Organisationen. Wenn alles glatt läuft, ist alles in Ordnung. Aber beim geringsten Schönheitsfehler kann man nichts machen", beklagt der Abgeordnete Philip Cordery, einer der Vertreter der Franzosen im Ausland, der die Regierungen und die Industrieminister nacheinander vor der Stimmung beim EPA gewarnt hat.

"Vor drei Jahren ist etwas zerbrochen"

Es gab eine Zeit, in der man beim Patentamt dennoch gut [arbeiten](#) konnte. Die Bedingungen waren so angenehm, dass man sogar sein Ausscheiden bis zum Ruhestand hinausschob. Andreas, [ausgebildeter](#) Biologe, beabsichtigte, bis zum 63. Lebensjahr [weiterzumachen](#). Er "warf das Handtuch" schon früher, "wie viele andere in letzter Zeit".

Mit einer Handvoll weiterer Mitarbeiter erklärte er sich einverstanden, sich *Le Monde* zu [offenbaren](#), unter der Voraussetzung, dass er anonym bliebe und dass das [Gespräch](#) weit weg von Den Haag stattfinden würde. "Sie verstehen: Wenn jemand erfährt, dass ich gesprochen habe... Selbst beim Ausscheiden aus dem Amt bin ich zu einer gewissen Diskretion verpflichtet." Er wollte nicht das Schicksal einiger seiner Kollegen [teilen](#), deren Pension um 30% gekürzt wurde.

"Vor drei Jahren ist etwas zerbrochen", erklärt er. "Die Arbeit war weiterhin interessant, aber die Stimmung wurde unerträglich." Die liberalistischen und taktlosen Methoden des neuen Präsidenten sind nicht akzeptabel. An eine Überschüsse erwirtschaftende Organisation mit einem Jahresbudget von 2 Milliarden, deren Patente vor [Gericht](#) praktisch als unangreifbar gelten, Produktionskriterien [anzuwenden](#), ist für diesen Ingenieur Unsinn.

Traditionell und weil ein Patentprüfer erst nach Ablauf von drei Jahren einsatzbar wird, unterstützten die alten Mitarbeiter die neuen. "Schließlich habe ich erlebt, wie Kollegen es [ablehnten](#), den Neuankömmlingen zu helfen aus der Befürchtung heraus, Zeit zu [verlieren](#), und unter dem Vorwand, dies würde ihnen nichts bringen. Jetzt haben wir unsere Zielsetzungen neu bewertet..."

Gerade um diese [Zahlenpolitik anzuprangern](#), hat sich Sylvia zu einer [Aussage](#) entschlossen.

"Die Amtsleitung zerstört nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch das europäische Wirtschaftssystem. Die von uns erteilten Patente sind schlechter. Ein Qualitätsrückgang hat aber Folgen für die Industrie", beklagt sie. "Es geht dabei um Geld."

Seit die Gewerkschaft IGEPa das [Klima](#) von Furcht und Anspannung anprangert, unter dem die Beschäftigten arbeiten, waren mehrere ihrer Vertreter Gegenstand von Disziplinarverfahren. [Frankreich](#), [Deutschland](#) und [Großbritannien](#) blieben davon nicht unberührt und haben für die Verwaltungsratsitzung im März die Aussetzung jedes Verfahrens verlangt, bis ein unabhängiges [Sozial-Audit](#) stattgefunden hat. Ende September hatte das Audit noch immer nicht stattgefunden, aber der Generalsekretär der IGEPa von Den Haag kam vor den Disziplinarausschuss. Zwei weitere Mitarbeiter waren ebenfalls betroffen.

"Dies ist alles andere als ein Zufall"

Die Personalvertreter rufen nach gewerkschaftlichen Schritten. Die Amtsleitung sieht den Zusammenhang nicht:

"Diese Verfahren basieren auf einer Anzeige wegen Störung, Diffamierung und Bedrohungen, die zur Entlassung eines Personalvertreters führten", erinnert sie. Frau Amélie Lefebvre von der Kanzlei Bourdon und Beraterin der IGEPa, beklagt, dass sich "Herr Battistelli, der sich weder an seinen Verwaltungsrat noch an die nationalen Gerichtsbarkeiten gebunden fühlt, hinter seiner funktionellen Immunität verschanzt, um derart brutale Vergeltungsmaßnahmen gegen diejenigen zu [ergreifen](#), die seine [Sozialpolitik infrage stellen](#)".

"Wenn sich die ergriffenen Sanktionen seit zwei Jahren gegen die Personalvertreter richten, ist dies alles andere als ein Zufall", stellt der Abgeordnete Philip Cordery seinerseits fest. Am 13. Oktober wird er Seite an Seite mit den Beschäftigten aufmarschieren.